

TEXTE ZUM

KOMMUNISMUS IN BULGARIEN

Christopher Nehring

Die Zusammenarbeit der bulgarischen Staatssicherheit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR¹

1. Die Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Aufnahme von Beziehungen zwischen den Staatssicherheitsdiensten der Volksrepublik Bulgarien (VRB) und der DDR waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit an die offiziellen diplomatischen Beziehungen beider Länder geknüpft. Dabei folgten beide Länder den politischen Zwängen des sowjetischen Einflusses. Besonders deutlich wurde dies in der Anerkennung und Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VRB und der DDR. Die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland hingegen zögerte sich bis in die Entspannungsphase der „neuen Ostpolitik“ 1974 hinaus. Der hegemoniale Einfluss der UdSSR richtete auch in diesen beiden Staaten des Ostblocks den Fokus der Staatssicherheitsdienste auf die ge-

waltsame innere Umgestaltung im stalinistischen Sinn. Für diese Frühphase sind kaum Kontakte zwischen dem deutschen Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und der Bulgarischen Staatssicherheit (DS) belegt.

2. Annäherung in den 50er Jahren

Der Beginn zum Ausbau der Kontakte zwischen den Sicherheitsdiensten des Ostblocks fiel auf der vom KGB organisierten ersten multilateralen Versammlung der Staatssicherheitsdienste des Ostblocks 1955 in Bukarest.² Vermutlich wurde hier eine erste Vereinbarung zwischen dem MfS und der DS über den Austausch von Aufklärungsinformationen geschlossen. Dies führte zu einem monatlichen Austausch geheimer Berichte der Auslandsaufklärung, wobei die bulgarische Seite meist Informationen über Griechenland und die Türkei, das

MfS hingegen über West-Deutschland übersandte. Dieser Austausch zu den verschiedenen Schwerpunkten der jeweiligen Arbeit wurde bis zum Untergang des Kommunismus und der Auflösung des MfS 1989 beibehalten. Größere gemeinschaftliche Operationen der beiden Auslandsaufklärungen sind für diese Zeit nicht belegt, da die ihnen zugewiesenen Arbeitsgebiete (Westdeutschland auf der einen, Griechenland und die Türkei auf der anderen Seite) zu weit auseinander lagen.

Konkrete geheimdienstliche Maßnahmen wurden jedoch von der Operativgruppe der DS in Ost-Berlin gemeinsam mit dem MfS durchgeführt. Ziel waren Vertreter der sog. Exilbulgaren, vornehmlich in West-Berlin. Die Ursprünge dieser Operativgruppe liegen im Dunkeln. Zu vermuten ist jedoch, dass sie bald nach der Gründung der DS eingerichtet und in den Räumen der Botschaft untergebracht wurde. Zu ihren Aufgaben gehörte zum einen die Sicherung der Botschaft und ihres Personals, was auch die Überwachung der Diplomaten und ihrer politischen Einstellung einschloss. Hauptziel in den 50er Jahren war jedoch die Überwachung der zumeist in den 30er und 40er Jahren nach Berlin verzogenen Bulgaren. Da die meisten von ihnen nach 1949 in West-Berlin wohnten, hatte die bulgarische Staatssicherheit ein Interesse daran herauszufinden, ob sie eine Gefahr für die noch junge kommunistische Gewaltherrschaft darstellten. Die Anzahl der hierbei verdächtigten Personen betrug weniger als 100. Um die über sie gesammelten Informationen zu bündeln und „den Bruderorganen zu helfen“, legte das MfS im Juli 1955 den Teilvorgang „Bulgarien“ des übergeordneten Objektvorgangs „Balkan“ an, in dem Informationen zu den Emigrantengruppen verschiedener Balkanstaaten zusammengetragen wur-

den.³ Um eine „bessere und erfolgreichere Bearbeitung der o. a. Objekte zu erreichen“, sollten in dem Vorgang folgende exilbulgarische Organisationen und die zu ihnen vorliegenden Daten registriert werden: Bulgarische Nationale Bewegung, Bulgarische Nationale Front, Bulgarisches Nationales Komitee und die bulgarische Militärkompanie bei der US-Army. Die meisten Informationen über die Mitglieder dieser Organisationen wurden von der DS an das MfS übergeben, laut eigener Aufstellung war die Leistung des MfS relativ schwach und beschränkte sich auf Lokalitäten und persönliche Kontakte von Zielpersonen. Der einzige in der Akte vermerkte konkrete Fall war der des Ivan Dobrilov, Vorsitzender der Bulgarischen Nationalen Bewegung und seit 1938 in West-Berlin. In mehreren Konsultationen des MfS mit dem Leiter der bulgarischen Operativgruppe wurden Maßnahmen besprochen, um Dobrilovs Kontakte und Aktivitäten zu überwachen, wobei sich besonders der einzige erwähnte geheime Mitarbeiter „GM Petroff“ des MfS hervortat. Weitere gemeinsame Maßnahmen der DS mit dem MfS in Bezug auf die bulgarischen Exilanten sind nicht überliefert. Die Zielpersonen seien „seit 1962 nicht mehr operativ aufgefallen“ und ebenfalls seit 1962 seien keine Informationen mehr von dem bulgarischen Bruderorgan eingegangen. Eine echte Partnerschaft deutete sich hier also erst an, ganz im Gegenteil zur rumänischen Securitate, mit der die Stasi in den 50ern und frühen 60ern einige spektakuläre Entführungen von rumänischen Exilanten durchführte.⁴

Die Präsenz des MfS in Bulgarien beschränkte sich in den 50er Jahren auf offizielle Freundschaftsbesuche der Minister, Urlaubsreisen und punktuelle verdeckte Überwachungen von Delegationen und Gruppen.

Das sollte sich jedoch bald ändern. Grund dafür war der auch in der DDR aufkommende Massentourismus, für den Bulgarien mit seinen attraktiven Gebirgslandschaften und Schwarzmeerstränden zum Top-Reiseziel werden sollte.⁵

3. Die „verlängerte Mauer“ treibt die Kooperation voran. Zusammenarbeit in den 60er Jahren⁶

Der Mauerbau am 13. August 1961 war auch für die Zusammenarbeit zwischen dem MfS und der DS das entscheidende Ereignis. Bereits im Sommer 1962 war ein rasanter Anstieg von versuchten und gelungenen Fluchten von DDR-Bürgern über die Grenzen Bulgariens nach Griechenland und in die Türkei zu verzeichnen. Von nun an verlief die „verlängerte Mauer“⁷ auch in Bulgarien. Bemerkenswert ist, dass die Fluchtbewegungen von DDR-Touristen, die die Absicherung der bulgarischen Grenze stark unterschätzten, für die DS und die bulgarischen Grenztruppen weniger Auswirkungen hatten als für das MfS. Die „Mauer“ an Bulgariens Grenze bestand nämlich schon seit 1953, als per Erlass des Innenministers ein Schießbefehl an der Staatsgrenze angeordnet wurde. Dieser hatte bis in die 90er Jahre Bestand und kostete mindestens 339 Menschen das Leben, darunter mindestens 20 Bürger der DDR.⁸ Darüber hinaus wurden hunderte Bulgaren und DDR-Bürger bei dem Versuch, die Grenze in den Westen zu überqueren, verletzt, gefangen, gefoltert und wegen „Republikflucht“ oder „Landesverrats“ jahrelang eingesperrt. Hierfür wurde ein perfides System aus Spitzeln in den Touristen- und Grenzgebieten sowie Grenzstreifen mit Signalgrenzzäunen und dichter Überwachung durch Grenzsoldaten etabliert. Die Stasi trug dazu durch die Entsendung einer Operativgruppe bei, die zunächst nur

saisonal in den Schwarzmeerzentren Varna, später auch in Burgas und ganzjährig in Sofia arbeitete.⁹ Sie errichteten ein dichtes Netz aus Inoffiziellen Mitarbeitern, die, als Touristen getarnt („Reise-IM“), fluchtbereite Bürger melden sollten. Beobachtungsgruppen wurden auf Zeltplätzen untergebracht und jährliche Absprachen der zuständigen Abteilungen sollten die Zusammenarbeit verbessern. Wie in andere Länder auch, so exportierte das MfS DDR-Passabfertigungskabinen nach Bulgarien, um die Bruderländer mit derselben Technik auszurüsten. Die Maßnahmen hatten Erfolg, denn in den 70er und 80er Jahren nahmen die Fluchtversuche stark ab. Dieser Erfolg war aber relativ, denn die „Abstimmung mit den Füßen“ konnte das MfS und die DS auch in Bulgarien nicht. Bulgarien verzeichnete die höchste Zahl von Fluchtversuchen außerhalb der DDR. Behilflich war hierbei die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme zwischen Ost- und Westdeutschen an den Urlaubsorten, was zu verschiedensten Formen der Fluchthilfe führte. Auch diese Zusammenkünfte waren dem MfS und der DS ein Dorn im Auge, jährlich informierte die Stasi ihre bulgarischen Kollegen über bundesdeutsche Fluchthelfer (im MfS-Jargon: „Menschenschleuserbanden“). Gemeinsames Vorgehen gegen sie ging bis zur Überwachung von Einzelpersonen weit über das Territorium Bulgariens hinaus.

Im Umgang mit gefassten Fluchthelfern taten sich zwischen Bulgarien und der DDR Differenzen auf, vor allem, weil die Sofioter Untersuchungsbehörden bis in die 70er Jahre hinein keine einheitliche Linie verfolgten. Manchmal wurden westdeutsche Fluchthelfer verhaftet und zu Haftstrafen in Bulgarien verurteilt, manchmal wurden sie verhört und freigelassen. In Ost-Berlin wünschte man sich jedoch mindestens ein Vorverhör-

recht, wenn nicht sogar die Auslieferung an die DDR. Erst Mitte der 70er Jahre konnte sich Sofia zum offiziellen diplomatischen Protest gegen die „Hilfe“ der bundesdeutschen Botschaft für Flüchtlinge und Fluchthelfer durchringen. Als Reaktion gab das Auswärtige Amt die offizielle Warnung heraus, wonach Fluchthilfe auch in Bulgarien Gefängnisstrafen nach sich ziehe. Wie die politischen Gefangenen in der DDR, so wurden auch in Bulgarien inhaftierte Fluchthelfer zum Druckmittel in diplomatischen Verhandlungen zwischen Bonn und Sofia.

Für die intensive Zusammenarbeit des MfS mit ihren bulgarischen Kollegen stellte die gemeinsame Arbeit hinsichtlich der Republikflüchtlinge einen Motor dar. Explizit berief man sich in der Folgezeit auf die guten Erfahrungen bei der Kooperation auf diesem Gebiet, wenn es um die Zusammenarbeit in anderen Bereichen ging.

4. Der ideologische Feind in den 70er Jahren

In den 70er Jahren tat sich eine der Chimären auf, an denen die kommunistischen Staatssicherheitsdienste letztlich zerbrechen sollten. Ihrer Konzeption nach als Kinder des Kalten Krieges stalinistischer Prägung, interpretierten KGB, MfS und DS die Entspannungspolitik und das „politische Tauwetter“ als neuen Versuch der „politisch-ideologischen Diversion“ des Westens. Hinter der Friedens- und Annäherungsrhetorik meinte man stets neue Maßnahmen zur ideologischen Zersetzung der sozialistischen Gemeinschaft erkennen zu können. So waren es gerade die „langen 70er Jahre“ nach dem Prager Frühling, in denen es die Staatssicherheitsdienste mit Dissidenten zu tun hatten, von denen Soltschenizyn, Wolf Biermann oder Georgi Markov die spektakulärsten waren. Ob-

gleich die Repressionsapparate in vielfältigster Weise darauf reagierten und vor keinem Mittel zurückschreckten, war keine einheitliche Linie zu erkennen. Dies galt auch für die Zusammenarbeit des MfS mit der DS. Spätestens seit 1968 war die sog. „politisch-ideologische Diversion“ ein Dauerthema des Erfahrungsaustauschs zwischen den Genossen. Von einheitlichen Vorgehensweisen oder deren durchschlagenden Erfolg kann jedoch keine Rede sein. Hatte die Zusammenarbeit des MfS und der rumänischen Securitate bei der Entführung von Exil-Oppositionellen aus Deutschland abschreckende Wirkung auf die rumänischen Emigranten¹⁰, so kann gleiches für die (wenigen) politisch aktiven Exilbulgaren in den 70er nicht behauptet werden. So z.B. bei der Entführung von Vencislav Kosovski, Bruder des Politemigranten Radoslav Kosovski, der 1975 nach Ost-Berlin gelockt wurde, wo ihn die Stasi auf Ersuchen der DS festnahm und umgehend nach Sofia überstellte.¹¹ Trotz des tragischen Einzelschicksals hatte der Vorfall keine offensichtliche Wirkung auf die (ohnehin schwache) bulgarische Opposition.

Für die Staatssicherheitsdienste wurde der Kampf gegen die „ideologische Diversion“ im Innern und Äußeren zu ihrer Raison d'être. Explosion der Mitarbeiterzahlen und immer perfidere Überwachungsmethoden und -technik waren eine Folge davon, die sich auch in den Beziehungen zwischen MfS und DS widerspiegelte. Andererseits reagierten die Geheimdienste durch eine Erweiterung ihrer Zusammenarbeit, die zwischen dem MfS und der DS am 28.11.1974 in einer vertragsrechtlichen Vereinbarung über Zusammenarbeit zwischen den beiden Ministerien mündete, welche bis zum Untergang der DDR Bestand haben sollte. Selbige hatte zum Ziel, die „Wirksamkeit der gemeinsam durchgeführten

Maßnahmen zur Aufdeckung und Unterbindung feindlicher Pläne des Gegners [zu erhöhen] und Bedingungen für den noch zweckmäßigeren Einsatz aller Kräfte und Mittel im Kampf gegen die subversive Tätigkeit der Geheimdienste und Zentren der ideologischen Diversion¹² zu schaffen.

Die „Entlarvung“ der „ideologischen Diversion“ des Westens wurde im Zuge der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1975 zu einer immer wichtigeren Aufgabe der Aufklärungsdienste des Ostblocks. Arbeitspläne des MfS und der DS belegen, dass spätestens seit 1966/67 gemeinsame „aktive Maßnahmen“ geplant und durchgeführt wurden. Selbige stellten oftmals unter hohem Aufwand ausgearbeitete Desinformations-, Falschmeldungs- und getarnte Propagandaaktionen dar, die auf „weiche“ Einflussnahme auf die öffentliche Meinung abzielten.¹³

Ein besonders unappetitliches Beispiel für die Zusammenarbeit des MfS mit der DS auf diesem Gebiet zur Diskreditierung bietet der Fall Petar Semerdzhiev.¹⁴ Semerdzhiev, ein den stalinistischen Säuberungswellen zum Opfer gefallener Anwärter auf eine Mitgliedschaft im Zentralkomitee der BKP, wurde nach seiner Emigration zu einem der aktivsten und bekanntesten bulgarischen Dissidenten. Über Radio Free Europe verbreitete er Nachrichten, die für die bulgarischen Kommunisten unerträgliche Angriffe darstellten, zumal sie sich oft auch gegen die Person Todor Zhivkovs richteten. Zusammen mit dem anderen großen Dissidenten, Georgi Markov, wollte er sogar eine von der offiziellen Darstellung abweichende Biographie des Generalsekretärs und Staatsoberhauptes herausgeben. Dafür sollte er ein gleiches Schicksal wie der 1978 in London von der DS ermordete Markov erleiden.

Nur seine gute Abschirmung im Exil in Jerusalem und seine persönliche Vorsicht machten den Liquidierungsplänen der DS einen Strich durch die Rechnung. Nun sollte er unter den Dissidenten diskreditiert werden. Die DS fragte daher beim MfS an, ob es möglich sei, ein Dokument zu fälschen, dass eine Spitzeltätigkeit Semerdzhievs für die Gestapo, SS oder eine andere nazistische Spezialeinheit während seiner Internierungszeit im Lager in den 40er Jahren beweisen sollte. Gefälschte Nazi-Dokumente, wie der Fall von Bundespräsident Lübke beweist, waren eine Spezialität des MfS.¹⁵ Es gelang es den Spezialisten des MfS ein fingiertes Schreiben des Reichssicherheitshauptamtes zu produzieren, in dem von einem Spitzel der berüchtigten bulgarischen Geheimpolizei namens Petar Semerdzhiev berichtet wird, der nicht nur bereit sei, mit der Gestapo zusammenzuarbeiten, sondern auch selbst durch seine Informationen bei Suche und Liquidierung von Juden geholfen habe. Besonders böseartig war die Behauptung, Semerdzhiev habe sich auf Anweisung der Geheimpolizei seiner (späteren) Ehefrau angenähert, um Vertrauen in jüdischen Kreisen zu gewinnen. Den Inhalt des Dokuments hatten die bulgarischen Genossen ausgearbeitet, die Form hingegen das MfS. Das Dokument erschien zusammen mit einem feindseligen Artikel in der französischen Tageszeitung Le Monde im Sommer 1976, wobei bislang unklar ist, welcher Dienst dort seine Agenten hatte. Doch die erhoffte Reaktion blieb aus: Weder offizielle israelische Stellen noch die Mitstreiter Semerdzhievs wandten sich von ihm ab. Gleichwohl verdeutlicht diese Maßnahme, welche Bedeutung die „politisch-ideologische Diversion“ und die Dissidenten für die Staatssicherheitsdienste hatten und welche Ausmaße ihre Kooperation bei deren Bekämpfung annehmen konnte.

Das Beeindruckende und Verstörende an dem Beispiel Semerdzhievs ist nicht zuletzt die offensichtliche Skrupellosigkeit der Staatssicherheitsdienste, ein Opfer und Lagerinsasse als Täter und Nazi-Kollaborateur darzustellen. Weitere Beispiele aus den 70er Jahren zeigen, dass die Stasi gewillt war, Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit für ihre Interessen zu fördern. Auch vor der Verbreitung von Flugblättern mit fremdenfeindlichem Gedankengut schreckte man nicht zurück, wie die Operation „AM Rigas“ aus dem Jahr 1974 belegt.¹⁶ Um einerseits die bundesdeutschen Geheimdienste zu beschäftigen und andererseits diplomatische Verwerfungen zwischen der Bundesrepublik und vor allem den NATO-Südstaaten Griechenland und Türkei zu erreichen, erdachten sich MfS und DS folgende Aktion: Konzipiert wurde vom MfS ein fremdenfeindlicher Aufruf im Namen der deutschen rechtsextremen Partei DVU gegen Gastarbeiter in Deutschland, die aus den o. a. kamen. Das MfS kopierte den Stil der DVU-Hetze bemerkenswert gut.¹⁷ Der Aufruf führte, wie erwartet, zu einem Verfahren gegen die DVU und deren Vorsitzenden Frey, die ihrerseits wiederum ein Verfahren gegen Unbekannt einleiteten. Da 1974 außer der Tätigkeit deutscher Gerichte keine Reaktionen von offiziellen Stellen in Marokko, Griechenland, Türkei, Italien und Jugoslawien – den Heimatländern der Gastarbeiter – festzustellen war, sollte die DS fortfahren, die Flugblätter dort in Umlauf zu bringen.

In den 70er Jahre kam es zu einem größeren Konflikt zwischen dem MfS und der DS. Gegenstand der Auseinandersetzung war die Verhaftung des deutschen Linksterroristen Till Meyer und seiner Kampfgefährtinnen von der „Bewegung 2. Juli“ im Sommer 1978 an der Schwarzmeerküste durch das Bundes-

kriminalamt (BKA).¹⁸ MfS - Chef Erich Mielke war höchst verärgert über den Alleingang der bulgarischen Genossen, die einem Eilgesuch der Bundesrepublik stattgegeben hatten und das BKA nicht nur ins Land ließen, sondern auch bei der Verhaftung halfen. Das MfS, das seinerseits beste Beziehungen zur links-extremistischen Szene in Westdeutschland unterhielt, wurde von dem bulgarischen Bruderorgan erst im Nachhinein und erst auf eigene Anfrage über den Vorfall informiert. Die Hilfestellung für das BKA ging einher mit Gegenleistungen durch das bundesdeutsche Innenministerium, besonders bei der technischen Ausstattung der bulgarischen Rauschgiftfahndung, aber auch mit einer offiziellen diplomatischen Annäherung Bulgariens und der Bundesrepublik. Mielke, genau wie sein tschechischer Kollege, fühlte sich von den Bulgaren brüskiert. Dauerhafte Auswirkungen des Vorfalls auf die Beziehungen zwischen dem MfS und der DS gab es jedoch nicht.

5. Das Ende naht. Wirtschaft und Opposition als Hauptthemen in den 80ern

Der kommunistische Staat baute die Tätigkeit seiner Staatssicherheitsdienste umso stärker aus, je deutlicher die Probleme in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hervortraten. Volkswirtschaftliche Probleme, so die Theorie, waren nicht auf Schwächen des planwirtschaftlichen Systems, sondern auf Sabotage und Spionage von westlichen Agenten und Oppositionellen zurückzuführen. Da die „Sicherung der nationalen Volkswirtschaft“ eine nationale Domäne war, kam die Zusammenarbeit zwischen MfS und DS hier erst Ende der 70er Jahre zustande. Der Hintergrund war, dass der „Klassenfeind in West-Deutschland“ zu einem der wichtigsten

Handelspartner für den Ostblock und speziell Bulgarien heranwuchs. So übertraf die Präsenz der bundesdeutschen Aussteller auf den traditionellen Messen in Plovdiv sogar die der Sowjetunion. Von Regierungsstellen wurden diese Kontakte ausdrücklich gefördert, sollten sie doch den ständig drohenden wirtschaftlichen Ruin des kommunistischen Staates verhindern. Für die Staatssicherheitsdienste jedoch bedeutete jeder Auslandskontakt ein potentielleres Sicherheitsrisiko, jeder bundesdeutsche Handelsvertreter konnte ein BND-Agent sein, und jede Geschäftsreise ins nicht-sozialistische Ausland bot eine Fluchtmöglichkeit. Oftmals wurden leitende Angestellte, Forscher und Direktoren in „Volkseigenen Betrieben“ oder Forschungseinrichtungen jahrelang durch die Dienste überwacht und behindert. Dies belegt der vom MfS und der DS gemeinsam geführten operativen Vorgang „Alligator“ gegen den Direktor des Instituts für fotografische Wissenschaften der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften.¹⁹ Selbiger Vorgang wurde über einen Zeitraum von mindestens sechs Jahren in über vier Ländern (Bulgarien, DDR, Bundesrepublik und USA) geführt, ohne dass ein Beweis für eine Spionagetätigkeit erbracht wurde. Kontakte zwischen dem Direktor und bundesdeutschen sowie amerikanischen Konzernen der Fotobranche hatten das Misstrauen des Dienstes hervorgerufen. Beweise für eine Weitergabe geheimer wissenschaftlicher bzw. volkswirtschaftlicher Informationen konnten nicht gefunden werden. Es wurde jedoch deutlich: Je schlechter die Wirtschaft funktionierte, desto größer war die Paranoia der Staatssicherheit. Dies veranlasste selbige noch tiefer in die Wirtschaft einzugreifen, Innovationsimpulse und Geschäftskontakte ins Ausland zu ersticken, was die marode wirtschaftliche Situation noch verschlimmerte.

Ganz ähnlich stellte sich das Dilemma in der Auslandsaufklärung dar. Grundsätzlich sind sich die meisten Experten der Geheimdienstforschung darüber einig, dass im Bereich der Wirtschafts- und Industriespionage²⁰ die östlichen Geheimdienste, allen voran KGB, MfS und DS außerordentlich erfolgreich waren. Grund dafür waren die offenen Gesellschaften des Westens, die ein leichteres „Einfallportal“ für Agenten des Ostens boten. Große Uneinigkeit besteht jedoch bei der Bewertung der Wirtschaftsspionage. Erwiesenermaßen war die „Beute“ der Dienste enorm, jedoch reichte selbst sie nicht, um das Wirtschaftsembargo des Westens im Bereich der Hochtechnologie zu neutralisieren. Gleichzeitig wurde durch diese „Einfuhr zum Nulltarif“ das Innovationspotential und die Verarbeitungsmöglichkeiten der eigenen Volkswirtschaft mehr geschädigt als beflügelt. Manche Forscher gingen soweit zu behaupten, dass die rückständigen Staatsbetriebe und Forschungseinrichtungen den aus dem Westen geschmuggelten „Input“ gar nicht verarbeiten konnten. So z.B. fragte der Leiter der bulgarischen Aufklärung Vlado Todorov 1988 beim Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS Werner Grossmann an, ob er eine komplette technologische Dokumentation für automatische Telefonzentralen auf Basis der Systeme der amerikanischen Firma AT & T liefern könnte.²¹ Bulgarien hatte im Rahmen des Programms zur Entwicklung der Ostblock-Staaten bis zum Jahre 2000 auf dem Gebiet der Telekommunikation die Aufgabe übernommen, ein solches System zu entwickeln. Diese Aufgabe konnte die bereits am Boden liegende Volkswirtschaft jedoch nicht erfüllen. Daher wurde die Auslandsaufklärung mit der Beschaffung beauftragt, doch auch diese scheint hierbei nicht vorangekommen zu sein. Wieder einmal hätte Bulgarien seine Verpflichtungen, gerade

gegenüber der UdSSR, nicht einhalten können, weshalb das MfS aushelfen sollte. Spätestens seit den 70er Jahren war es üblich, dass zwischen den zuständigen Abteilungen der Aufklärungsdienste Bestelllisten in den Bereichen Technik, Elektromechanik oder Chemie ausgetauscht wurden, sodass ein reger Schatzenhandel zwischen den Ministerien entstand. Noch lieber hatte man natürlich vollständige Produktionsanleitungen und technologische Dokumentationen, die zum Nachbauen westlicher Errungenschaften befähigten. Doch, laut Aussagen der Dienste, wurden zumeist unvollständige Dokumentationen ausgetauscht. Besonders wichtige oder brisante technische Informationen, wie etwa der gesamte Bereich der Militärtechnologie, gingen ohnehin zuerst nach Moskau und danach an die „kleineren Bruderorgane“. Nicht überraschend ist daher die Tatsache, dass mit jeder wirtschaftlichen Krise innerhalb des Ostblocks zusätzliche Planstellen für die Abteilungen der Industrie- und Wirtschaftsspionage freigegeben wurden.

Ganz ähnlich verhielt es sich in Bezug auf die in den 80er Jahren immer stärker werdende Opposition. Egal ob Solidarnosc, Kirche, Umweltbewegungen oder abweichende Jugendkulturen, auf höchster Ministerebene zwischen Erich Mielke und Dimitar Stojanov wurden die Probleme der „Dissidenten“ besprochen. Immer mehr Informationen, Ergebnisse von Personenüberprüfungen oder Erfahrungswerten im Kampf gegen die Opposition kursierten zwischen Sofia und Ost-Berlin. Das MfS startete eine „Aktion Balkan“ als Reaktion auf die Attentatsserie in Bulgarien 1984/85.²² Sowohl bei der Stasi als auch bei der DS machte man zunächst die von Paris aus operierende „Bulgarische Befreiungsbewegung“ für die Anschläge verantwortlich. Ein gemeinsames, erneutes Vorgehen

gegen Oppositionelle im Ausland bahnte sich an. Listen mit allen erfassten Bulgaren in der DDR und der Bundesrepublik wurden erstellt, jeder einzelne auf eine Zugehörigkeit zur Opposition hin untersucht, alle zur Verfügung stehenden Inoffiziellen Mitarbeiter mobilisiert. Technikexperten des MfS reisten nach Sofia, um die Tatorte zu untersuchen. Die vermutlichen Täter, Angehörige der türkischen Minderheit Bulgariens, die mit den Anschlägen gegen die von den bulgarischen Behörden forcierte Bulgarisierung ihrer Ethnie („Wiedergeburtprozess“) protestieren wollten, ermittelte die DS dann in Bulgarien. Der Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der „Terrorabwehr“ erhielt durch die Zusammenarbeit einen gewaltigen Schub und konnte fest in das Gefüge des ständigen Austauschs zwischen MfS und DS institutionalisiert werden.

Einen bis heute diskutierten Extremfall stellte das Attentat auf Papst Johannes Paul II. durch Mehmet Ali Ağca und die sog. „bulgarische Spur“ dar. In den 90er und 2000er Jahren verging fast kein Jahr, in dem keine Presseberichte über angebliche neue MfS-Akten aufkamen, die die Hintergründe des Attentats in dieser oder jener Weise beleuchteten. Stand der Forschung ist, dass eine Anstiftung Ağcas zum Mord durch das MfS oder die DS bislang nicht sicher nachgewiesen werden kann. Die Abteilung für Desinformation der bulgarischen Auslandsaufklärung hat sich allerdings im Gefolge des Attentats hilfeschend an die Kollegen des MfS gewandt, um gemeinsam gegen die „antibulgarische Kampagne“ der westlichen Medien vorzugehen. In mehreren gemeinsam geplanten und realisierten Operationen wurde durch Publikationen versucht, Zweifel an der „bulgarischen Spur“ zu sähen und stattdessen die These in Umlauf zu bringen, die CIA habe den Papst

ermorden lassen wollen, um den KGB zu belasten.²³ Auch nach dem Prozess kamen oft Untersuchungskommissionen nach Berlin und Sofia, ohne dass der Öffentlichkeit neue Beweise für die eine oder andere These präsentiert wurden.

6. Agenten und hauptamtliche Mitarbeiter

Die Arbeit der kommunistischen Staatssicherheitsdienste war stark personalisiert war. Zu einem Großteil war ihre Arbeit auf die Kontrolle Andersdenkender konzentriert, was außergewöhnlich viele hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter notwendig machte. Zum Jahreswechsel 1989/90 brachte es das MfS auf 91.015 hauptamtliche und rund 180.000 inoffizielle Mitarbeiter, der höchste Wert im ganzen Ostblock.²⁴ Für Bulgarien sind keine belegbaren Zahlenwerte veröffentlicht worden; bei Recherchen des Autors wurde für das Jahr 1978/79 eine Mitarbeiterzahl des bulgarischen Innenministeriums von ca. 43.000 gefunden²⁵, von denen jedoch über die Hälfte bei der Volksmiliz und Feuerwehr und nicht für die Staatssicherheit arbeiteten. Die Zahl der Agenten und informellen Mitarbeiter war und ist bis heute ein Geheimnis, über das sich absurde Spekulationen und Untersowie Übertreibungen aneinanderreihen. Eingesehene Akten belegen eine Zahl von ca. 36.000 Agenten und ca. 25.000 sogenannten „Vertrauenspersonen“ im Juli 1986 (ohne die Agenten der Auslandsaufklärung).²⁶

Auch in der Zusammenarbeit zwischen dem MfS und der DS spielten Agenten und deren Anwerbung, Aufdeckung und/oder Einsatz eine große Rolle. Die bulgarische Auslandsaufklärung fragte immer wieder an, ob das MfS Kontakte zu Personen aus türkischen und griechischen Migrantenkreisen in Westdeutschland vermitteln könne. Mit der zuneh-

menden Arbeitsmigration der Wirtschaftswunderzeit wurden diese Personkreise immer interessanter für die bulgarische Aufklärung, deren Fokus auf den Nachbarstaaten Griechenland und Türkei lag. Da, laut eigenen Aussagen, das MfS bis weit in die 70er Jahre nicht in dieser Richtung arbeitete, war die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet äußerst spärlich. Nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bulgarien und der Bundesrepublik teilte das MfS seine Erfahrungen bei der Infiltration bundesdeutscher Einrichtungen und Unternehmen auch mit den bulgarischen Genossen. Ein besonderer Erfolg gelang der bulgarischen Aufklärung Anfang der 70er Jahre. Es existierte ein Kontakt, vermutlich in der sozialistischen Internationalen, über den Dokumente an Bundeskanzler Brandt persönlich geleitet werden könnten. In einer speziellen Vereinbarung kamen MfS und DS darüber überein, sich diesen Kanal in Zukunft zu teilen.²⁷

Im Gegenzug wurde dem MfS nahezu völlige Freiheit bei Anwerbungen von bundesdeutschen Bürgern in den Sommerkurorten Bulgariens eingeräumt. Jeden Sommer suchten Mitarbeiter verschiedener Dienstseinheiten, allen voran die der Auslandsaufklärung und Spionageabwehr, in Bulgariens Feriengebiete nach geeigneten Kandidaten. Nach der Eröffnung der bundesdeutschen Botschaft in Sofia 1974/75 wurden in Abstimmung mit der bulgarischen Spionageabwehr spezielle Maßnahmen ausgearbeitet, um west- und ostdeutsche Agenten als Botschaftsangehörige, vor allem Sekretärinnen und Fremdsprachenkorrespondentinnen, „einzuschleusen“. Diese Maßnahmen waren teilweise erfolgreich.²⁸ Die bulgarische Aufklärung konnte sogar die Ehefrau eines hochrangigen westdeutschen Diplomaten in

Sofia anwerben, was den Genossen in Ost-Berlin mitgeteilt wurde.²⁹

Darüber hinaus wurde Bulgarien als sichere Trainingsbasis für Agenten, sowohl des KGB als auch des MfS genutzt. Durch die relative Abgeschiedenheit Bulgariens sowie der geringen Dichte von Ausländern, sieht man einmal von den Sommerkurorten ab, war das Land dafür bestens geeignet. Mindestens zweimal besuchte der Chef der Hauptverwaltung Aufklärung, Markus Wolf, in den späten 60ern und 70ern Bulgarien, um mit hochrangigen Agenten aus dem „Operationsgebiet“ zusammenzukommen. Bei Operationen dieser Art wurden von den bulgarischen Gastgebern keine Kosten und Mühen gescheut, um sich des leiblichen und seelischen Wohls der Agenten und ihrer Führungsoffiziere anzunehmen. Mehrere Tausend Mark wurden für Unterkunft, Ausflüge, Alkohol und Speisen abgerechnet.

Spätestens in den 80er Jahren schickte das MfS Agenten-Kandidaten, die auf einen Einsatz im „feindlichen Ausland“ vorbereitet werden sollten, nach Bulgarien, in der Regel für drei Wochen.³⁰ Hier wurden sie auf Schritt und Tritt von der DS überwacht. Ziel war es festzustellen, ob sich die Agenten vor Bekannten oder unter Alkoholeinfluss selbst enttarnten oder auffällig benahmen. Der Höhepunkt des Trainings bestand in einer Verhaftung samt Verhör durch die bulgarischen Sicherheitsorgane. Wiederum wurde beobachtet, ob und wie sich die Agenten an ihre „Legende“ hielten oder ob sie ihre Tarnung unter Druck fallen ließen. Solcherlei Maßnahmen scheinen in den Kooperationen der Geheimdienste im Kalten Krieg Gang und Gebe gewesen zu sein, wobei der enorme Aufwand in der Ausbildung Eindruck erweckt.

In Bezug auf die hauptamtlichen Mitarbeiter stechen auf Seiten des MfS zwei Eigenschaften heraus. Erstens, die hohe personelle Kontinuität der Mitarbeiter mit Bulgarienbezug, die wesentlich höher war, als die ihrer bulgarischen Kollegen mit deutschem Bezug.³¹ Dazu gehörte unter anderem die gesamte Führungselite des Ministeriums um Mielke, Wolf und ihre Stellvertreter. Unterhalb der leitenden Stellen herrschte weitgehend personale Kontinuität, etwa bei der Besetzung der Operativgruppe Bulgarien des MfS, deren Bestand über Jahre hinweg unverändert blieb.³² Weitere Abteilungen, die besonders eng mit der bulgarischen DS kooperierten, entsandten seit Bestehen der Zusammenarbeit Ende der 60er Jahre fast immer dieselben Personen. Einige wurden für ihre Verdienste in der Kooperation zwischen dem MfS und der DS vom Politbüro der BKP mit Orden ausgezeichnet. Diese Praxis verlief auf beiden Seiten gleich, denn auch das MfS zeichnete Mitarbeiter der DS aus, vor allem wegen ihrer Verdienste bei der Verhinderung von „Republikflucht“. Damit verbunden war auch das zweite Charakteristikum, nämlich die Attraktivität Bulgariens als Einsatzort und als Kooperationspartner. Auszeichnungen, und damit verbunden auch Geld- und Sachgeschenke, gehörten zum festen Ritual in den Beziehungen der Staatssicherheitsdienste. Weiterhin war Bulgarien, gerade für die Genossen des MfS, „immer eine Reise wert“, da das Land einer der attraktivsten Urlaubsorte im Ostblock war. Wie die Programme für die Arbeitsaufenthalte belegen, wurde durchschnittlich nicht mehr als fünf Stunden für Arbeitsaustausch verwendet, die restliche Zeit füllte ein ausgedehntes Freizeitprogramm aus. Darüber hinaus hatte das MfS auch eine Kooperation beim jährlichen Austausch von Urlaubern mit der DS. Diese

Urlaubsaufenthalte waren gerade für die führenden Genossen keine reinen Erholungszeiten, sondern informelle Treffen zur Kontaktpflege, bei denen die bulgarische Gastfreundschaft als „weiche Diplomatie“ diente.

7. Der KGB und die „Bruderorgane“

Sowohl in der DDR als auch in Bulgarien erfolgte bereits nach Ende des Zweiten Weltkriegs der Aufbau von Polizeidiens-ten mit Spezialfunktionen nach Vorbild des NKVD-KGB. Das erklärt die weitgehende Deckungsgleichheit der Strukturen und Aufgaben der Dienste in den einzelnen Ländern des Ostblocks. Maßgeblichen Einfluss, gerade in den „Gründerjahren“, hatten dabei die vom KGB abgestellten „Berater“, die den Aufbau der Dienste in sowjetischem Sinne regelten und besonders bei den „Säuberungen“ der späten 40er und frühen 50er Jahren die Feder führten.³³ Obgleich die einzelnen Dienste Ende der 50er mehr und mehr in die Eigenständigkeit entlassen wurden, blieben die sowjetischen Berater, die jederzeit befugt waren, einzelne Vorgänge an sich zu ziehen, bis zum Untergang des Kommunismus.

Neben den KGB-Beratern in der Zentrale und den einzelnen Abteilungen errichtete der KGB in Berlin-Karlshorst seine westlichste Zentrale, zu der selbst hochrangige Offiziere des MfS nur begrenzt Zutritt hatten. Auch in der sowjetischen Botschaft in Sofia wurde eine von den Beratern organisatorisch getrennte „Residentur“ des KGB eingerichtet; ihr Status blieb aber unter dem in der DDR-Hauptstadt. Berlin als Frontstadt wurde zur „Spionagehauptstadt im Kalten Krieg“³⁴.

Die Zusammenarbeit des MfS mit der DS beeinflusste der KGB auf vielfältige Weise. Bereits die Aufnahme von Bezie-

hungen zwischen dem MfS und der DS in den 50er Jahren war ein Resultat der Prozesse, mit denen Moskau seine Satelliten zumindest formal in die Souveränität entließ. Auch die Initiative zu multilateralen Konferenzen der Geheimdienste ging auf Moskau zurück. Vor allem in den 70er und 80er Jahren sollte so eine „Internationalisierung“ von Problemen und deren effektivere Bekämpfung erreicht werden. Auf den Konferenzen war der KGB tonangebend.

Wie Unterlagen aus Sofia belegen, wurde z. B. der gesamte militärische Bereich, ob in der Militärspionage, Militärabwehr oder Militärtechnologie, aus der Zusammenarbeit zwischen MfS und DS ausgeklammert. Grund dafür war, dass beide Seiten feststellten, dass „ohnehin jede Information militärischen Charakters auch wie bisher direkt nach Moskau geschickt“³⁵ werde. Gleiches galt für die zahlreichen Einbrüche der DS in die westdeutsche Botschaft und für die dabei erbeuteten Informationen, die noch am nächsten Tag an den Vorsitzenden des KGB übersandt wurden.³⁶

Im Bereich der Auslandsaufklärung wird darüber hinaus deutlich, dass jeder Dienst des Ostblocks, vor allem regionale Schwerpunkte und Zuständigkeiten bekam. Die Auslandsaufklärung des MfS war auf die Bundesrepublik konzentriert und leistete in dieser Beziehung Hilfe für ihre „geheimen Brüder“, wobei klar war, dass das MfS hier die Vorherrschaft inne hatte. Dies wurde auch vom KGB geduldet, da wohl kein anderer osteuropäischer Dienst in Westdeutschland so erfolgreich hätte agieren können. Die DS konzentrierte sich vor allem auf die NATO-Südflanke Griechenland und Türkei, und mit einigen Abstrichen auch auf das blockfreie Jugoslawien.

Schwächer ausgeprägt als bei der Auslandsaufklärung und Spionageabwehr

war der Einfluss des KGB bei der Überwachung und Unterdrückung der Bevölkerung. Hier hielten sich die Berater zurück und zielten weniger darauf ab, Moskaus Einfluss direkt vor Ort umzusetzen. Hinter der Rhetorik von „Internationalismus“ und „allseitiger brüderlicher Hilfe für die tschekistischen Bruderorgane“ standen oft nationale, vor allem sowjetische Interessen. Diesen hatten sich die kleineren Dienste zu fügen, wobei sie in Einzelfällen durchaus versuchten, ihre „Vorrechte“ und Eigeninteressen durchzusetzen.

Ein Vergleich der Arbeitspläne zwischen der DS mit dem KGB auf der einen und der DS mit dem MfS auf der anderen Seite zeigt, dass der KGB den Rahmen für die Zusammenarbeit der kleineren Sicherheitsdienste vorgab. Die Zielrichtung war die Unterstützung der sowjetischen Positionen in der Weltpolitik.

8. Fazit

Die Beziehungen zwischen der bulgarischen und der ostdeutschen Staatssicherheit waren geprägt von einem hohen Niveau an Austausch und Kooperation. Der Mauerbau 1961 kann als Beginn gelten. Fortan stieg das Interesse des MfS an einer engen und fruchtbaren Zusammenarbeit mit dem bulgarischen „Bruderorgan“. Die Überwachung von DDR-Urlaubern und die Unterbindung von Fluchtversuchen waren bis 1989 der wichtigste Aspekt in den Beziehungen zwischen den Diensten. An der Zahl der gemeinsam geplanten und durchgeführten Maßnahmen gemessen, war in den 1960er und 1970er Jahren die Kooperation der beiden Auslandsaufklärungen am stärksten. Explizit konnten sich in den Folgejahren andere Abteilungen auf die guten Erfahrungen bei der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fluchtverhinderung und der Auslandsaufklärung berufen. In den 70er und 80er Jah-

ren nahm die Kooperation auf dem Gebiet der Volkswirtschaft, dem sog. „operativ-technischen Sektor“ und der Industrie- und Wissenschaftsspionage einen wichtigen Stellenwert ein. Ebenso beschäftigte das Problem des internationalen Terrorismus auch die kommunistischen Geheimdienste. Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung wurden politische Emigranten und deren Organisationen überwacht und ausgespäht. Dabei half vor allem das MfS der DS durch die Weitergabe von Informationen über bulgarische Emigranten in Westdeutschland. Obwohl unspektakulär, zeigt das Kriterium des Informationsaustausches zwischen dem MfS und der DS die außergewöhnlich gute Zusammenarbeit der beiden Dienste. Der Informationsfluss zwischen Sofia und Ost-Berlin war ein überaus intensiv. Gerade in den beinahe täglich eintreffenden Personenanfragen, die eine intensive Recherchearbeit zur Folge hatten, zeigt sich die Bereitschaft der beiden Dienste zur Kooperation. Auf Anfrage beschattete und überwachte man, oft unter erheblichem materiellen und personellen Aufwand, Personen für die jeweils andere Seite. Auch Festnahmen wurden auf Ersuchen ausgeführt. Wenig bis keine Konflikte waren in der gemeinsamen Agenturarbeit festzustellen, Kanäle und Agenten wurden geteilt. Solange die „Vorrechte“ des jeweils Anderen in den Operationsgebieten respektiert wurden, gab es keine Konflikte. Der Informationsaustausch zwischen den Aufklärungen erfolgte mehrmals im Monat, wobei allerdings die Qualität der außenpolitischen Informationen oft nicht über der westlicher Tageszeitungen lag. Die Berichte der bulgarischen Auslandsaufklärung waren für das MfS jahrelang die einzige Quelle über die Türkei und Griechenland. Die ausgeprägte Arbeitsteiligkeit der gemeinsamen „aktiven Maßnahmen“ der beiden Aufklä-

rungsdienste spricht für ein hohes Niveau der Zusammenarbeit. Im Vergleich kann man die Kooperation zwischen dem MfS und der DS an zweiter Stelle, direkt hinter der jeweiligen Zusammenarbeit mit dem KGB, ansiedeln. Eine Verstimmung konnte nur einmal registriert werden, als im Sommer 1978 die bulgarische Staatssicherheit in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt die Terroristen um Till Meyer verhaftete. An den guten Beziehungen des MfS mit der DS, die bis zur Auflösung des MfS 1990 andauerten, änderte dies nichts.

¹ Der vorliegende Text basiert im Wesentlichen auf den Forschungsergebnissen des Autors im Rahmen seiner Dissertation über die Zusammenarbeit des MfS mit der bulgarischen Staatssicherheit und dem Einfluss des KGB. Sie erscheint voraussichtlich 2014.

² Vgl.: Baev Jordan/Grozev, Konstantin: Bulgarien, in: Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944-1991, hrsg.: Kaminski, Lukas/Persak, Krzysztof/Gieseke, Jens, Göttingen, 2009, S. 155.

³ Siehe den Vorgang selbst: BStU, MfS AOP 4288/65, 19 Bde.; vgl. erläuternd: Herbstritt, Georg: Die "Balkan"-Akte des Ministeriums für Staatssicherheit: Geheimdienstliche Maßnahmen gegen die ungarische Emigration in der Bundesrepublik, in: Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen, hg.: Roger Engelmann, Thomas Großbölting und Hermann Wentker, Göttingen, 2008, S. 327-346.

⁴ Siehe: Herbstritt, Georg: Menschenraub in Berlin. Die gemeinsamen Aktionen von Securitate und Stasi gegen die rumänische Emigration in den fünfziger Jahren, eine siebenbürgisch-sächsische Agentin als Schlüsselfigur und die unscharfen Erinnerungen des Securitate-Überläufers Ion Mihai Pacepa. In: Ebenda. 22 (2009), S. 7-32.

⁴ Kosovski, Radoslav: Hora i săitija. Spomeni na političeskija emigrant, Sofia, 2004, S. 130-153.

⁵ Zum Phänomen des Massentourismus in der Bundesrepublik und der DDR vgl. einführend: Spode, Hasso: Goldstrand und Teutonengrill. Kultur- und Sozialgeschichte des Tourismus in Deutschland. 1945 bis 1989, Berlin, 1996; ders.: Wie die Deutschen „Reiseweltmeister“ wurden. Eine Einführung in die Tourismusgeschichte, Berlin, 2003.

⁶ Da im Rahmen der Reihe „Texte zum Kommunismus in Bulgarien“ der Konrad-Adenauer-Stiftung ein gesondertes Heft zum Thema der DDR - Flüchtlinge erscheinen wird, wurde dieses Thema hier nur zusammenfassend behandelt.

⁷ Vgl.: Tantzsch, Monika: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von "Republikflucht", Berlin, 1998.

⁸ Vgl. das Stenogramm der Volksversammlung vom 21.2.1992, S. 1142-1144. Die Zahlen beziehen sich dabei laut Eigenangabe nur auf die Jahre 1946-85, ohne 1969, 1973 und 1979.

⁹ Siehe dazu die im Rahmen eines Forschungsprojekts der BStU entstehende Studie von: Domnitz, Christian über die Operativgruppen des MfS im sozialistischen Ausland. (<http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Forschung/Mitarbeiter/dornitz.html?nn=1752186>).

¹⁰ Vgl.: Herbstritt, Georg: Menschenraub in Berlin. Die gemeinsamen Aktionen von Securitate und Stasi gegen die rumänische Emigration in den fünfziger Jahren, eine siebenbürgisch-sächsische Agentin als Schlüsselfigur und die unscharfen Erinnerungen des Securitate-Überläufers Ion Mihai Pacepa. In: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 22(2009), S. 7-32.

¹¹ Kosovski, Radoslav: Hora i săitija. Spomeni na političeskija emigrant, Sofia, 2004, S. 130-153.

¹² Kommission für die Unterlagen der bulgarischen Staatssicherheit: AKRDOPBGDSRSBNA-M, F.1, op. 13 a.e. 17, Bl. 14-23.

¹³ Siehe zur Arbeit dieser Abteilung die mit Skepsis zu lesende Darstellung zweier ehemaliger Offiziere der Abteilung: Bohnsack, Günter/Brehmer, Herbert: Auftrag Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte, Hamburg, 1992.

¹⁴ Diese Darstellung folgt dabei im Wesentlichen den Nachforschungen Hristo Hristovs, der aufgrund einer Vollmacht des Betroffenen als einziger Zugang zur Originalakte hatte. Siehe: <http://www.desebg.com/2011-01-06-11-51-03/637-2012-03-06-18-07-26>.

¹⁵ Das MfS enthielt hierfür eine spezielle Dienst Einheit (HA IX/11), die sich mit den Recherchen in Nazi-Archiven beschäftigte. Für die propagandistische Benutzung und/oder Fälschung derselben war wiederum die Abteilung X der HV A zuständig.

¹⁶ Siehe: Kommission für die Unterlagen der bulgarischen Staatssicherheit: AKRDOPBGDSRSBNA- R, F. 9 op. 2 a.e. 540, Bl. 112f.; 120-122 und 175-181.

¹⁷ Vgl. eine erhaltene Kopie des Flugblatts in: ebd., Bl. 120-122.

¹⁸ Siehe zu ihm und zum Folgenden: Vgl. z.B.: Wunschik, Tobias: Die "Bewegung 2. Juni" und ihre Protektion durch den Staatssicherheitsdienst der DDR. In: Deutschland-Archiv (2007)6, S. 1014–1025; ders.: Magdeburg statt Mosambique, Köthen statt Kap Verden. Die RAF-Aussteiger in der DDR. In: Biesenbach, Klaus (Hg.): Zur Vorstellung des Terrors: Die RAF-Ausstellung. Bd. 2, Göttingen 2005, S. 236–240; ders.: "Abwehr" und Unterstützung des internationalen Terrorismus – Die Hauptabteilung XXII, in: Knabe, Hubertus (Hg.): West-Arbeit des MfS. – Das Zusammenspiel zwischen "Abwehr" und "Aufklärung". Berlin 1999, S. 263–273; ders.: Till Meyer. Biographisches Porträt. In: Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, 10.

Jahrgang. Baden-Baden 1998, S. 231–251; ders.: Das Ministerium für Staatssicherheit und der Terrorismus in Deutschland. In: Timmermann, Heiner (Hg.): Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR. Berlin 1996, S. 289–302.

¹⁹ Siehe dazu z.B.: BStU, MfS, HA XVIII 19469 und: BStU, MfS, HA XVIII 15239 Bd. 2.

²⁰ Siehe dazu allgemein: Engberding, Rainer: Spionageziel Wirtschaft. Technologie zum Nulltarif, Düsseldorf, 1993; mit Vorsicht zu genießen sind die Ausführungen des ehemaligen Leiters der Abteilung Wissenschaft und Technik der HV A: Horst Müller u. a. (Hrsg.): Die Industriespionage in der DDR: Die wissenschaftlich-technische Aufklärung der DDR, Berlin, 2008.

²¹ Kommission für die Unterlagen der bulgarischen Staatssicherheit: AKRDOPBGDSRSBNA-R, F. 9 op. 4 a.e. 597, Bl. 107f.

²² Die Dokumentation im Archiv der BStU dazu verzeichnet über 30 Bände mit verschiedenen Dokumenten. Siehe einleitend: BStU, MfS, HA II 32403, Bl. 150-164 und BStU, MfS, ZAIG Nr. 26231, Bl. 94-105.

²³ Siehe z.B.: Kommission für die Unterlagen der bulgarischen Staatssicherheit: AKRDOPBGDSRSBNA-R, F. 9 op. 4 a.e. 664 und AKRDOPBGDSRSBNA-R, F. 9 op. 4 a.e. 659.

²⁴ Vgl. Gieseke, Jens: Deutsche Demokratische Republik, in: Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944-1991, hg.: Kaminski, Lukas/Persak, Krzysztof/Gieseke, Jens, Göttingen, 2009, S. 199-264, hier: S. 213ff. und 241-243.

²⁵ Kommission für die Unterlagen der bulgarischen Staatssicherheit: AKRDOPBGDSRSBNA-M, F. 1, op. 12 a.e. 36, S. 116-146.

²⁶ Ebd., F. 8 op. 2 a.e. 1102, S. 1 und 27.

²⁷ Ebd., F. 9 op. 2 a.e. 540, Bl. 180f.

²⁸ Ebd., 2 a.e. 248, Bl. 40-79.

²⁹ Ebd., Bl. 22-46.

³⁰ Ebd., F. 9 op. 4 a.e. 359, S. 1-137.

³¹ Siehe zu den Mitarbeitern des MfS allgemein: Gieseke, Jens: Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, Berlin, 2012; und zu den Mitarbeitern der HV A im Speziellen: Müller-Enbergs, Helmut: Hauptverwaltung A. Aufgaben - Strukturen - Quellen, Berlin, 2011 (zur Abteilung X siehe: S. 170-179).

³² Vgl. wiederum die 2013/14 erscheinende Arbeit von Domnitz über die Operativgruppen des MfS.

³³ Siehe dazu ausführlicher: Sacharov, Vladimir/Fillippovič, Dimitrij/Kubina, Michael: Tschekisten in Deutschland. Organisation, Aufgaben und Aspekte der Tätigkeiten des sowjetischen Sicherheitsapparates in der Sowjetisch Besetzten Zone (1945-1949), in: Wilke, Manfred (hg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin, 1998, S. 293-335; Foitzik, Jan/Petrov, Nikita: Die sowjetischen Geheimdienste in der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin-New York, 2009; Petrov, Nikita: Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland. Der leitende Personalbestand der Staatssicherheitsorgane der UdSSR in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR 1945-1954. Biographisches Nachschlagewerk, Berlin, 2010.

³⁴ Vgl.: Kostka, Bernd von/Kellerhoff, Sven Felix: Hauptstadt der Spione: Geheimdienste in Berlin im Kalten Krieg, Berlin, 2009 und: Fleming, Thomas: Berlin im Kalten Krieg. Der Kampf um die geteilte Stadt, Berlin, 2008.

³⁵ Kommission für die Unterlagen der bulgarischen Staatssicherheit: AKRDOPBGDSRSBNA-R, F. 9 op. 2 a.e. 914, Bl. 26 und: AKRDOPBGDSRSBNA-R, F. 9 op. 3 a.e. 151, Bl. 255-260;

³⁶ Siehe z.B.: Kommission für die Unterlagen der bulgarischen Staatssicherheit: